ANTRAG

<u>auf staatliche Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung gemäß</u> § 7 Absatz 1 der Weiterbildungslandesverordnung (WBLVO M-V)

Hiermit wird die staatliche Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung nach § 6 Absatz 1 Weiterbildungsförderungsgesetz (WBFöG M-V) vom 20. Mai 2011 (GVOBI. M-V S. 342) beantragt.

1.	Name des Trägers:		
	Anschrift des Trägers:		
2.	Rechtsform des Trägers	S:	
	Die Einrichtung befindet	sich in	
	☐ öffentlicher		
	oder in		
	☐ freier Trägerschaft.		
	Bezeichnung der Rechtsform:		
	Nummer der Eintragung in das Vereins- oder Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts:		
2.1.	Name und Anschrift der Einrichtung, für die die Anerkennung beantragt wird:		
	Telefon-Nr.:	Telefax:	
	E-Mail:		
	Bezeichnung der Rechtsform:		
	Nummer der Eintragung	ın das Vereins- oder Handelsregister des zuständigen	
	Amtsgerichts:		

	Die Einrichtung ist eine betriebseigene Bildungsstätte, welche ausschließlich Weiterbildung für eigene Betriebsangehörige anbietet: NEIN JA		
	Die Einrichtung führt überwiegend Maßnahmen im Bereich der beruflichen Weiterbildung durch: NEIN JA		
	Die Einrichtung ist überwiegend im Bereich der freizeitorientierten Bildung tätig: NEIN ☐ JA ☐		
2.2.	Die Einrichtung unterhält folgende Nebenstellen, für die ebenfalls die Anerkennung beantragt wird: Name:		
	Anschrift:		
3.	Vertretungsberechtigte Person/en:		
	Die Vertretung ☐ ist durch Rechtsgeschäft erteilt oder ☐ ergibt sich aus gesetzlichen Bestimmungen.		
	Name, Vorname: Gebdatum und -ort:		
4.	Die antragstellende Einrichtung verfügt über folgendes gültiges, anerkanntes Qualitätsmanagement-Zertifikat nach § 4 Absatz 1 WBLVO M-V (als Anlage beifügen): Dieses ist gültig bis zum:		

- 5. Der Träger bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und gewährleistet eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit (§ 6 Absatz 1 Satz 2 WBFöG M-V).
- 6. Hiermit wird erklärt, dass die Einrichtung im Einklang mit bestehenden Gesetzen steht und ihre Maßnahmen auf Basis der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland definierten Wertordnung durchführt.
- 7. Hiermit wird erklärt, dass alle vorstehenden Angaben und die dem Antrag beigefügten Unterlagen vollständig sind und der Wahrheit entsprechen.
- 8. Hiermit wird erklärt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Beginn der Veranstaltung über die Inhalte zur Gewährleistung des Teilnehmendenschutzes gemäß § 6 WBLVO M-V unterrichtet werden.
- 9. Hiermit wird das Einverständnis erklärt, dass die gemachten Angaben einschließlich personenbezogener Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen durch die zuständigen Behörden gespeichert werden.

Ort, Datum

Unterschrift(en) vertretungsberechtigter Person(en)

Dem Antrag sind nachfolgend aufgeführte Unterlagen als Anlagen beizufügen:

- 1. die Satzung bzw. der Gesellschaftsvertrag sowie ein Auszug aus dem amtlichen Register,
- 2. Nachweis eines gültigen, anerkannten Qualitätsmanagement-Zertifikates § 4 Absatz 1 WBLVO M-V.
- 3. ggf. ein Nachweis der Gemeinnützigkeit.